



Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg - Vorpommern

Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Der Vorstand -

KV Mecklenburg - Vorpommern | Postfach 16 01 45 | 19091 SCHWERIN

Ihr Ansprechpartner:

--
--

An alle niedergelassenen und
ermächtigten Ärztinnen und Ärzte,
psychologischen Psychotherapeuten
sowie Einrichtungen in
Mecklenburg-Vorpommern

Neumühler Strasse 22

19057 SCHWERIN

Telefon: (0385) 7431 - 0

Durchwahl:

Telefax: (0385) 7431 - 450

eMail: eckert@kvmv.de

Ihre Zeichen

--

Ihre Nachricht vom

--

Unsere Zeichen

Datum

23. November 2006

Rundschreiben Nr. 25 / 06

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in einer gemeinsamen Presseerklärung der Bundesärztekammer (BÄK), der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und des Marburger Bundes (MB) wird zum

Nationalen Protesttag am 4. Dezember 2006

aufgerufen. Dieser soll diesmal dezentral und in jedem Bundesland organisiert werden.

Unter dem Motto „Patient in Not – diese Reform schadet allen“ soll nach dem Wunsch der Verbände an diesem Tag keine Normalversorgung stattfinden. Damit sollen die Engpässe im System aufgezeigt werden.

Der nationale Protesttag in Mecklenburg-Vorpommern wird von einer Pressekonferenz am 1. Dezember in der Ärztekammer und einer derzeit in Planung befindlichen symbolischen Aktion am 4. Dezember begleitet. Der Protesttag wird unter anderem von der Landesärztekammer, der Landeszahnärztekammer, der Landesapothekerkammer, dem Apothekerverband, der Krankenhausgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Verbänden unterstützt.

Für den 4. Dezember selbst ist die Schließung der Praxen unserer niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, der Zahnarztpraxen, Apotheken, Krankenhäuser, Rehakliniken und der Praxen für Physiotherapie geplant. Es wird lediglich eine Notversorgung geben.

Die Kreisstellen werden in gewohnter Art und Weise die Vertretung der geschlossenen Praxen organisieren. Planbare medizinische Maßnahmen sollten verschoben werden. Bitte denken Sie daran, dass **Behandlungen im Vertretungsfall** keine Fälle des organisierten Notdienstes sind und demzufolge die Notdienst-Praxisgebühr nicht erhoben werden kann.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Dr. med. Wolfgang Eckert

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der 4. Dezember ist ein Tag in ca. 35 Arbeitsjahren.

Ein Montag, der bei Bedarf an 2 Mittwoch Nachmittagen nachgearbeitet werden kann.

Ein Tag, an dem Versicherungen, Krankenhäuser, BÄK, KBV, Berufsverbände, NAV, Hartmannbund, Marburger Bund, ja sogar einzelne Krankenkassen zum Protest gegen die Gesundheitsreform auffordern.

Ein Tag, der vielleicht die letzte Möglichkeit darstellt, gewachsene Praxisstrukturen zu erhalten.

Ein Tag, an dem die wohnortnahe Patientenversorgung in der ambulanten Praxis zur Disposition steht.

Ein Tag, an dem es um die Frage der Freiberuflichkeit versus Staatsmedizin geht.

Ein Tag, an dem es um den Erhalt der Privaten Krankenkassen geht.

Ein Tag, an dem es um eine eigenständige Selbstverwaltung geht.

Ein Tag, an dem es um das Rückgrat der Ärzteschaft geht.

Wer 3 Monate Anlauf nehmen muss,
um eine Praxisschließung für einen Tag realisieren zu können,
wer ohnmächtig bereits jetzt abwinkt und sich in sein Schicksal ergibt,
wer sich als erster ungebeten für die Notfallbereitschaft zur Verfügung stellt,
wer immer noch nicht die Tragweite des neuen Gesetzes versteht,
wer sich darauf verlässt, dass die anderen schon ihre Praxen schließen werden,
der darf sich bei niemandem mehr über die Konsequenzen seines (Nicht) Handelns beschweren.

Was auf Deutschland mit dem schon in zwei Lesungen beschlossenen Gesundheitsgesetz zukommt, ist die endgültige und unwiderrufliche Zerstörung einer wohnortnahen, hochqualitativen Patientenversorgung, um die uns die ganze Welt beneidet, zugunsten einer ideologisch verbrämten sozialistischen und planwirtschaftlichen Staatsmedizin aus der Feder eines SPD-geführten Gesundheitsministeriums.

Man kann das alles mit den Ärzten nur machen, weil die Ärzte das mit sich machen lassen.

Und man kann das alles mit den Patienten machen, weil sie sich mangels Organisation nicht wehren können. Am 4. Dezember ist jeder einzelne persönlich nach seiner Meinung gefragt. Man kann sich nicht mehr hinter Entschuldigungen verstecken oder glauben es wird schon nicht so schlimm kommen. Die Fakten liegen auf dem Tisch, für jeden nachzulesen. Wie verzweifelt die Lage ist, können Sie vielleicht auch daran absehen, dass Herr Westerwelle alle Ärzte persönlich anschreibt und sie auffordert, dem geplanten Gesetz Widerstand entgegen zu bringen.

Überlegen Sie sich gut, ob Sie für die Öffnung Ihrer Praxis am 4. Dezember eine Ausrede finden wollen oder einmal Flagge zeigen und wenn es nur ist, um sich anschließend gut dabei zu fühlen.

Dr. med. Andreas Timmel
Präsident der
Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände MV